

**Bürgermeisterin
Mechtild Schulze Hessing**

Rede zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2019

Sehr geehrte Ratsmitglieder, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und hier begrüße ich besonders meine beiden Vorstandskollegen,

zunächst möchte ich auf die allgemeine Lage der Kommunen eingehen. Trotz eines Rekordüberschusses in den Kommunalen Haushalten - zum Stichtag 31.12.2017 waren es 10,7 Mrd. Euro - bleibt die finanzielle Situation der Kommunen weiter angespannt. Bezogen auf die Bundesländer zeigt sich ein sehr heterogenes Bild. Dabei hat sich der Überschuss gegenüber 2016 quasi verdoppelt. Und dennoch ist die finanzielle Lage in vielen Kommunen äußerst schwierig, denn die Mehrerträge aufgrund der guten Wirtschaftslage vor allem bei der Gewerbesteuer werden durch die Mehraufwendungen insbesondere im Sozial- und Jugendbereich weitestgehend aufgezehrt. Die jährlichen Aufwendungen hierfür betragen in NRW in 2017 19,45 Mrd. Euro. Dies spiegelt sich durchaus auch in unserem städtischen Haushalt wider.

Für die Zukunft ist von weiteren Steigerungen auszugehen, einmal durch weitere Bedarfsanstiege – ob in der Kinderbetreuung oder in der Pflege – zum anderen durch erforderliche Leistungsausweitungen durch den Sozialgesetzgeber. Eine älter werdende Gesellschaft erfordert eine Stärkung der Pflege. Die positive wirtschaftliche Lage mit einem immer mehr von Unternehmen beklagten Fachkräftemangel erfordert Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Unterhaltsvorschuss sowie das BildungsteilhabeGesetz sind notwendige Instrumente, um die Menschen zu unterstützen, die sich in schwierigen Situationen befinden und nicht vom wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes profitieren.

Hier gilt ein besonderes Augenmerk auf die Kinder zu richten. Zudem haben die Kommunen die Aufwendungen für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerberinnen und -bewerbern zu erbringen. Die Integration der Bleibeberechtigten ist weiterhin Daueraufgabe der Kommunen und für die Menschen ohne Bleibeperspektive, die aber nicht in ihr Heimatland zurückgeführt werden können, müssen allein die Kommunen sorgen. Dies stellt eine besondere Herausforderung dar und bedarf der Klärung. Hierzu findet am kommenden Montag im Kreishaus ein Gespräch mit den Landtagsabgeordneten aus der Region statt. Hervorheben möchte ich hierzu

den Schulterchluss aller 17 Kommunen mit dem Kreis.

Auch wenn es erste Entlastungsschritte des Bundes gibt - wie bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung - müssen weitere Schritte folgen und hier sei insbesondere die Eingliederungshilfe genannt. Die vom LWL angekündigte Reduzierung des Umlagesatzes um 0,6 auf 15,4 Prozentpunkte für 2019 basiert allein auf höheren Schlüsselzuweisungen des Landes. Der Grund hierfür liegt bei den guten Steuereinnahmen und darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass weitere Kostensteigerungen beim LWL absehbar sind und eine Finanzstruktur fehlt, die nicht alle Steigerungen auf die Kommunen durchschlagen lässt. Hier ist der Bund in der Pflicht!

Ich erwähne an dieser Stelle bereits die erfreuliche leicht rückläufige Entwicklung der Kreisumlage - auch begründet in den positiven Rahmenbedingungen trotz Zuwächsen bei den Kreisaufgaben.

Neben der wirtschaftlich durchweg hervorragenden Situation und daraus resultierenden Steuermehreinnahmen kommt den Kommunen natürlich die Zinspolitik zu Gute. Auch zum Jahreswechsel 2017/2018 benötigten die Kommunen allein in NRW zur Sicherung ihrer Liquidität 23,6 Mrd. Euro. Das waren zwar rund 3 Mrd. weniger als im Vorjahr, aber wenn wir uns vor Augen führen, was allein ein Zinsanstieg um 1 % ausmacht, lässt sich leicht errechnen, welche Mehrbelastung entstehen würde, nur um zahlungsfähig zu bleiben.

Insgesamt gibt es doch die erfreuliche Entwicklung, dass die Gesamtverschuldung aller Kommunen und Kreise in NRW zu Ende 2017 um 2,3 % gesunken ist und nunmehr bei 61,7 Mrd. liegt - ohne Einrechnung der sogenannten „Schattenhaushalte“ wohlgemerkt.

Aber wenn nicht in diesen Boomzeiten Schulden abgebaut werden, wann dann?

Das korreliert mit dem Anstieg von 19,5 % auf 25 % der Kommunen, die einen strukturellen - also echten - Haushaltsausgleich schaffen. Das sind 89 - eine davon ist die Stadt Borken - von 359 Kommunen.

Zum Erfordernis der Weiterentwicklung der Gemeindefinanzierung verweise ich auf unseren - meiner Meinung nach sehr informativen - Vorbericht.

Dabei möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass es eine Reihe von richtigen Ansätzen und Unterstützungsmaßnahmen für Kommunen gibt. Ob über die Aufwands- und Unterhaltungspauschalen, die Investitions- und Sonderpauschalen, das Förderprogramm „Gute Schule 2020“ oder durch das Kommunalinvestitionsfördergesetz - all diese Finanzmittel unterstützen uns

erheblich und tragen mitentscheidend dazu bei, dass unser Haushalt ausgeglichen werden kann.

Dennoch appelliere ich an den Bundes- und Landesgesetzgeber, die Kommunalfinanzierung grundlegend strukturell zu sichern. Bei der Gelegenheit muss ich darauf bestehen, dass die Integrationspauschale des Bundes auch in NRW vollständig an die Kommunen weitergegeben wird. Das ist erstmals in diesem Jahr erfolgt und muss fortgesetzt werden.

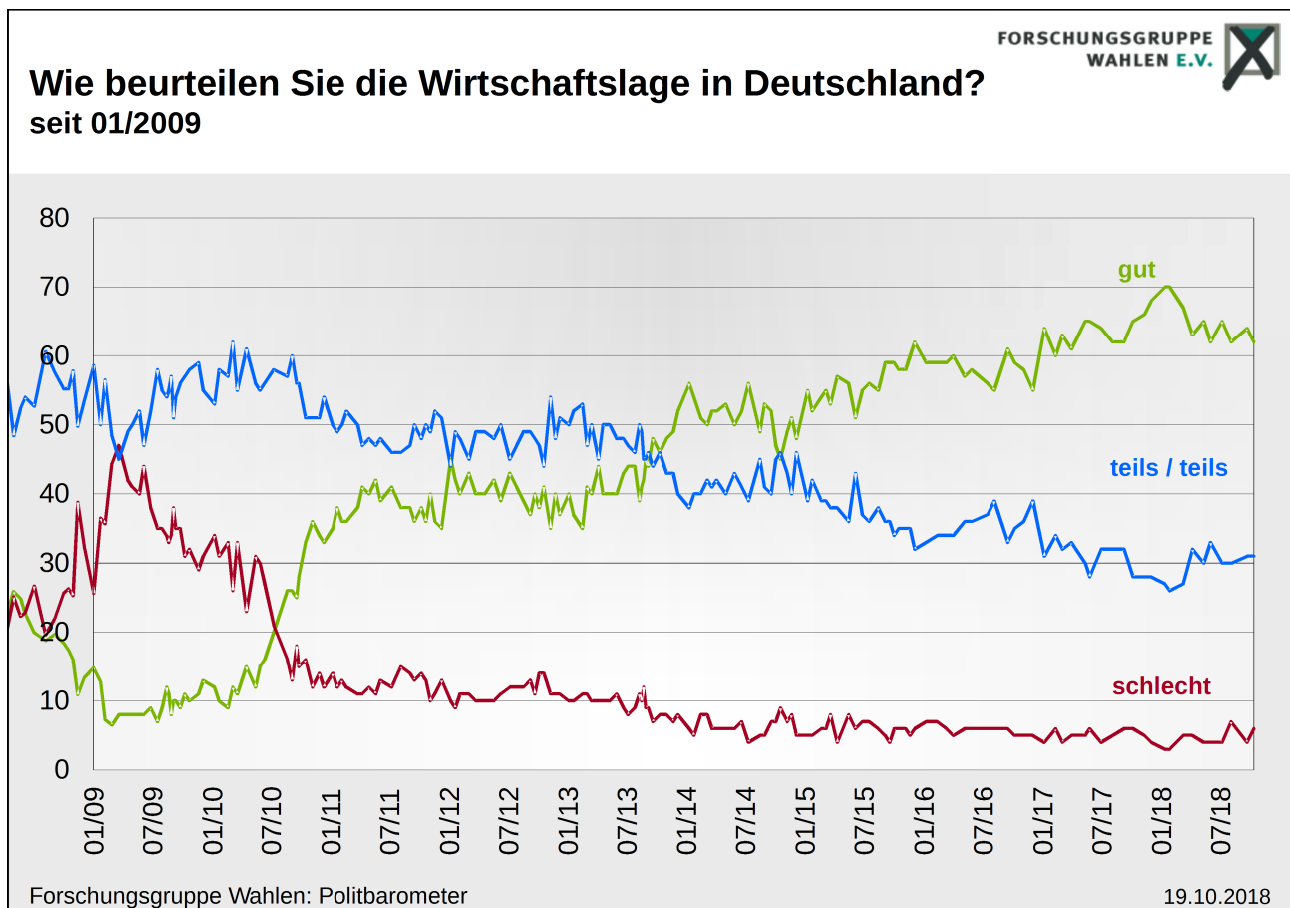
Und nun zu unserer Stadt Borken:

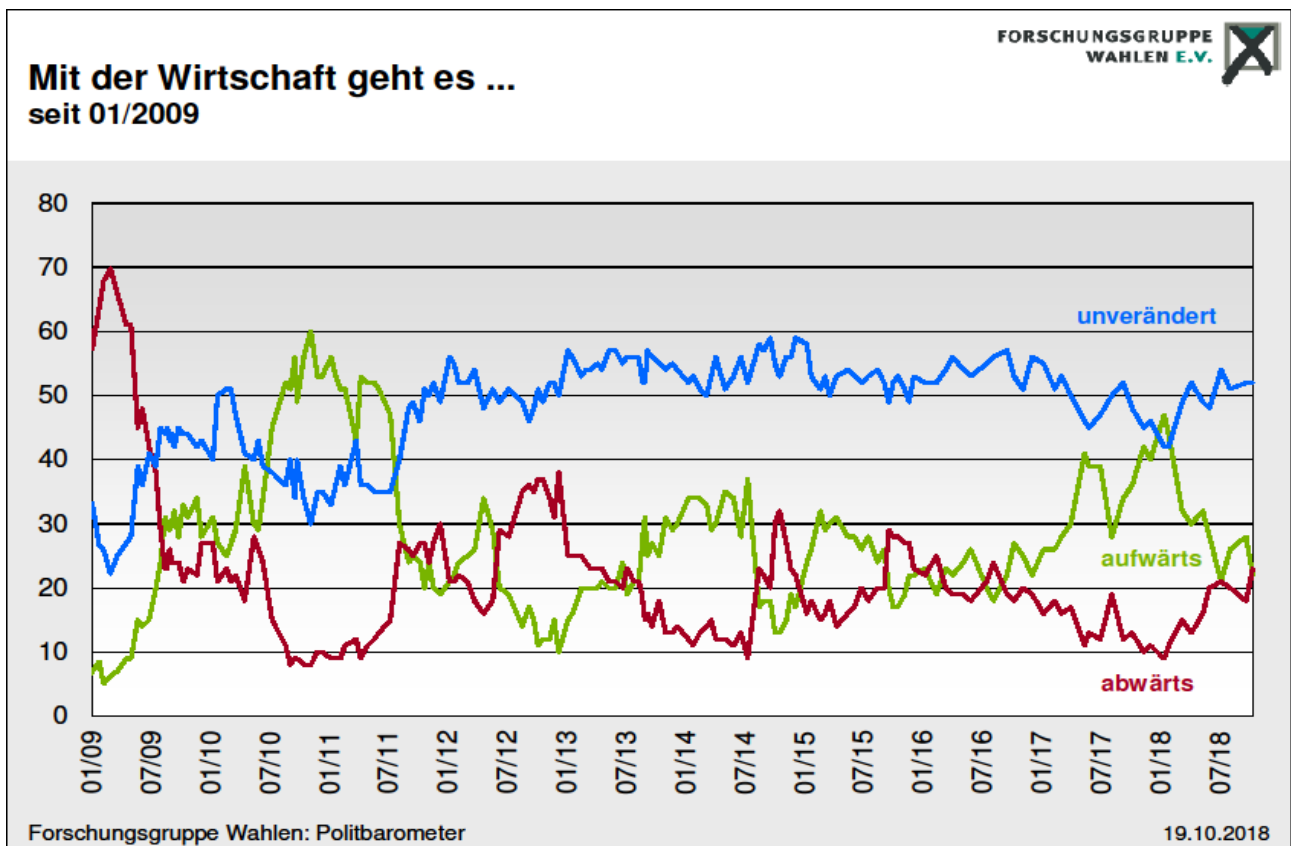
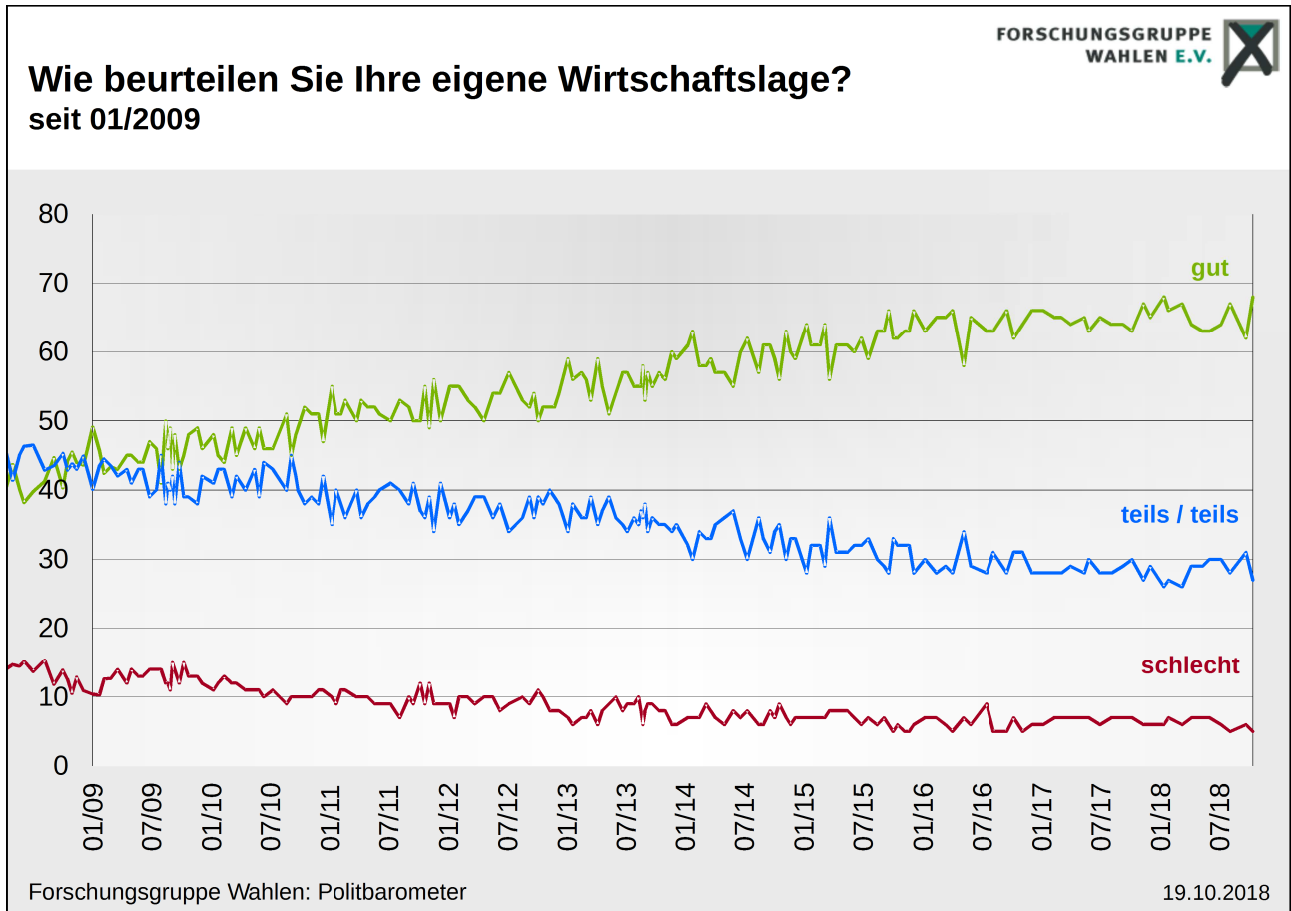
Das Haushaltsvolumen wird abermals im Ergebnisplan in 2019 steigen auf 117 Millionen Euro. Dabei ist es äußerst erfreulich, dass es dem Kämmerer auch für 2019 gelungen ist, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Näheres dazu wird Norbert Nießing gleich erläutern.

Doch was bewegt die Menschen in Borken, was sind ihre Themen?

Trifft die zuletzt veröffentlichte Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen zu?

Die Forschungsgruppe Wahlen hat sich unter anderem mit der Frage beschäftigt, wie die Menschen die Wirtschaftslage seit 2009 in Deutschland beurteilen:





Eine weitere Statistik beschäftigt sich mit folgender Frage:

Welches sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Probleme, denen Deutschland derzeit gegenübersteht?

Themengebiet	Frühjahr 2016	Herbst 2016	Frühjahr 2017	Herbst 2017	Frühjahr 2018
Einwanderung	56%	45%	37%	40%	38%
Gesundheit und soziale Sicherung	9%	11%	13%	13%	23%
Bildungssystem	13%	15%	22%	22%	22%
Wohnungsbau/Wohnungsbeschaffung	12%	9%	13%	16%	20%
Kriminalität	17%	17%	20%	18%	17%
Renten	19%	22%	18%	18%	16%
Umwelt, Klima-, Energiefragen	10%	11%	11%	20%	14%
Terrorismus	26%	28%	27%	20%	12%
Steigende Preise/Inflation /Lebenshaltungskosten	7%	8%	9%	9%	10%
Arbeitslosigkeit	9%	8%	8%	7%	8%
Staatsverschuldung	7%	7%	4%	3%	4%
Steuern	4%	3%	5%	2%	3%
Wirtschaftliche Lage	5%	4%	3%	3%	3%
Sonstiges (spontan)	1%	2%	1%	2%	2%
Nichts davon (spontan)	1%	1%	1%	0%	1%
Weiß nicht	0%	0%	1%	1%	0%

(Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2739/umfrage/ansicht-zu-den-wichtigsten-problemen-deutschlands/>)

Jüngst ist im öffentlich rechtlichen Fernsehen eine Umfrage in verschiedenen Städten in Deutschland erfolgt mit dem Ergebnis, dass bei den Befragten Schulen und Kitas, bezahlbares Wohnen, Sicherheit und Klima wichtige politische Handlungsfelder sind.

Unsere gemeinsame Aufgaben von Rat und Verwaltung ist es, die für Borken wichtigen und richtigen Themen aufzugreifen und zu bearbeiten. Auch für 2019 haben wir uns eine Menge vorgenommen:

Hier nenne ich nur einige bedeutende Projekte für unsere Stadt:

Unser Forum Altes Rathaus Borken - also kurz gesagt unser FARB - wird 2019 fertiggestellt inklusive des de-Wynen-Platzes. Die Eröffnung erfolgt in 2019. Dies ist ein Projekt mit regionaler Strahlkraft.

Der Kreisverkehr Heidener Straße/Wilbecke wird fertiggestellt. Außerdem

erfolgt die Fertigstellung des Dorfgemeinschaftshauses in Weseke. In Burlo an der Astrid-Lindgren-Grundschule werden die Bauarbeiten beginnen.

Gleichzeitig werden 2019 neue Projekte in die sichtbare Umsetzung gehen: Zu nennen ist hier zunächst das Mühlenquartier. Natürlich ist während der Bauphase sicherlich mit Belastungen zu rechnen, diese lassen sich nicht vermeiden. Dabei ist jedoch Durchhalten - mit dem Ziel vor Augen – angesagt. Weitere Projekte sind unter anderem die Sanierung der Johann-Walling-Schule sowie der Cordula-Grundschule, das Oberstufenzentrum der Jodokus-Nünning-Gesamtschule, der Breitbandausbau, der Rathausumbau, Erschließungsmaßnahmen, Kanalsanierungen, Ausbau von Straßen und Radwegen, der barrierefreie Umbau der Bushaltestellen, die Dorfentwicklung in Burlo, der Start der Dorfentwicklung in Marbeck und und und.

Wir investieren in unsere Stadt und gestalten damit Zukunft.

Ich bin davon überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind: Wir investieren in Bildung, Mobilität inklusive Klimaschutz sowie in die Gestaltung und weitere Attraktivitätssteigerung der Innenstadt.

Wir haben im Haushalt das Instrument des Pools vorgesehen: einmal den mit der Politik abgestimmten Stellenpool. Dieser hat sich als äußerst erfolgreich erwiesen. Damit bleiben wir schnell und flexibel handlungsfähig. Dieser Pool hat sich im besten Sinne bewährt, er soll daher weiter ausgebaut werden. Dennoch stehen wir vor Herausforderungen, die eine personelle Aufstockung im Hochbau sowie für das FARB erforderlich machen. Außerdem wird eine Stelle für den Klimaschutz geschaffen, diese Stelle soll mit einem Klimaschutzmanager/einer Klimaschutzmanagerin besetzt werden .

Daneben wird es einen weiteren Pool - wie bereits angekündigt und vom Kämmerer vorgeschlagen - für unvorhersehbare Investitionen geben, um zum einen eine Deckung zu gewährleisten und zum anderen diese transparent darzustellen.

Es steht eine Menge an. Wir haben jedoch eine äußerst engagierte und motivierte Mannschaft im Rathaus, die diese Dinge angehen und umsetzen wird.

In 2019 findet die Europawahl statt, die gerade in den jetzigen Zeiten von äußerster Wichtigkeit ist.

Wir erinnern uns an die Reichsprogromnacht vor 80 Jahren und feiern am 23. Mai kommenden Jahres 70 Jahre Grundgesetz, die Basis unseres demokratischen Handelns.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich wünsche uns allen demokratische und fruchtbare Haushaltsberatungen.

Sollten Sie Fragen haben, wenden Sie sich jederzeit gern an uns.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.